

## EILSEN

### Mit 6:3 – Rat Ahnsen macht den Weg zum Klinikum frei

Von Thomas Wünsche

Ahnsen. Mit sechs Ja- gegen drei Nein-Stimmen bringt der Rat Ahnsen Mittwochabend vor etwa 100 Bürgerinnen und Bürgern im Mehrzweckhaus den Bebauungsplan für die Erschließungsstraße zum in der Feldmark geplanten Klinikum auf den Weg; gegen den Aufstellungsbeschluss votieren Jürgen Schmökel (SPD), Kristina Landfester (SPD) und Ralf Zuschlag (CDU). Der Graben verläuft also quer durch die Fraktionen.



[zurück](#) 1 von 3 [weiter](#)

Helmut Winkelhake karrt Stühle nach: „Ich bin jetzt 30 Jahre im Rat, aber ich habe hier noch nie so viele Leute gesehen.“ Fotos: tv

Im Vorfeld der Entscheidung verliert die „Bürgerinitiative gegen den Bau eines Krankenhauses in der Feldmark Vehlen“ eine Petition und legt dem Ortsparlament eine Liste mit 332 Unterschriften von Ahnsern vor, die sich gegen eine Zuwegung zum Klinikum über Ahnser Gebiet aussprechen.

Anstelle des im Krankenhaus liegenden Bürgermeisters Heinz Grabbe führt Klaus Hartmann (SPD) während der Sitzung Regie; der Vizebürgermeister verdoppelt angesichts der großen öffentlichen Resonanz die den Zuhörern für Fachfragen eingeräumte Zeit von zunächst 30 auf am Ende 60 Minuten. Erst als Grundsatzkritik aufs Tapet kommt, die das, was die Politiker zu entscheiden haben, nicht berührt und sich das

Wechselspiel von Rede und Gegenrede im Kreise zu drehen beginnt, lässt Hartmann um 20.45 Uhr abstimmen – mit dem obigen Ergebnis.

Rückblende: Als der Vizebürgermeister sich kurz vor 19 Uhr anschickt, die Sitzung zu eröffnen, sind alle zwölf Stuhlreihen besetzt – und noch immer strömen Bürger in den Saal. „Ich bin jetzt 30 Jahre im Rat, aber ich habe hier noch nie so viele Leute gesehen“, kommentiert Helmut Winkelhake und karrt Stühle nach. Wie sich später aus der Gewichtung des Beifalls ablesen lässt, stellen Standortgegner, organisiert oder auch nicht, das Gros der Zuhörer; eine Handvoll outet sich als Befürworter, eine weitere Handvoll als äußerlich unbewegte Beobachter.

In den nächsten 60 Minuten wird Hartmann, durch Grabbes Ausfall fast über Nacht zum Regisseur geworden, die Zusammenkunft ruhig, aber bestimmt leiten; er zeigt sich gut informiert, beantwortet die Masse der Fragen selbst und trägt mit seiner Art viel dazu bei, dass die aufgeheizte Stimmung nicht eskaliert; das trägt ihm am Ende auch bei den Standortgegnern Lob ein. Doch nicht alle Politiker sehen an diesem Abend so gut aus ...

Assistiert wird Hartmann von Samtgemeindebürgermeister Bernd Schönemann und Landschaftsarchitekt Georg von Luckwald. Letzterer sagt in seinem einleitenden Beamer-Vortrag, dass „die Auswirkungen der als Kreisstraße konzipierten künftigen Erschließungsstraße auf die Natur und Landschaft der Feldmark nur gering“ seien – und erntet damit das erste lautstarke Gelächter. Ein weiteres folgt, als von Luckwald erklärt, die Obernkirchener Straße werde im Gefolge des Klinikums zwar mehr, der Ortskern von Ahnsen dafür aber komplett entlastet.

Dann bringt die Bürgerinitiative ihre Erwartung an die Politiker auf den Punkt: „Heinz Grabbe hat gesagt: ‚Wenn viele Ahnser dagegen sind, dann blasen wir das Ding ab‘“, wird eine angebliche Äußerung des Ortschefs wiedergegeben. Doch eben nach Abblasen sieht's Mittwochabend im Mehrzweckhaus nicht aus. Vielmehr vermissen die Kritiker die „Solidarität des Ahnser Rates mit den Ahnser Bürgern“. An alle werde gedacht, nur nicht an sie. Hartmann hält dagegen: „Etwa 161 000 Bürgerinnen und Bürger werden von dem Klinikum profitieren. Das kann auch dieser Gemeinderat nicht ganz außer Acht lassen.“

Die Emotionen gehen hoch. „Ahnsen“, heißt es aus dem Reigen der Standortgegner, „hat die totale Arschkarte gezogen“. Die gleiche Bürgerin weiter: „Ich wollte hier meinen Lebensabend verbringen. Jetzt wird das Dorf zur Transitstrecke Richtung Klinikum.“ Man könne Ahnen bald nur noch fluchtartig verlassen – „es ist nicht mehr lebenswert“. Ein anderer Kritiker will wissen: „Würde auch nur die Hälfte der Politiker an einer der

betroffenen Straßen wohnen, würde es den ins Auge gefassten Klinikstandort nicht geben.“ Ein weiterer ist schon jetzt überzeugt: „Weil ihm die Kosten davon laufen, wird das Projekt Klinikum im Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler landen.“

Über eine längere Zeit jedoch frisst sich die Diskussion an zwei Kernfragen fest, über die Gegner und Befürworter keine Einigkeit erzielen können: Zum einen geht's um eventuelle Repressalien des Landkreises, zum anderen um ein eventuelles Gewerbegebiet. Hartmann: „Gibt Ahnsen das Heft des Handelns aus der Hand, könnte ‚Stadthagen‘ mit einem Planfeststellungsverfahren antworten. Dann hätten wir als Gemeinde gar nichts mehr zu sagen.“ Das bestätigt Schönemann: „Wir waren am 28. Dezember in der Kreisstadt. Der Landrat hat uns unmissverständlich erklärt: ‚Gibt es in einem Bauleitverfahren keinen Beschluss, kommt die Planfeststellung.‘“ Das bezweifelt die Bürgerinitiative: „Der Landkreis würde ein solches Verfahren nicht anstrengen oder keinen Erfolg damit haben“, ist Rainer Hussong überzeugt. Der Sprecher: „Statt nur auf den Landkreis zu hören, hätte die Gemeinde gut daran getan, den Rat eines Experten für Verwaltungsrecht einzuholen.“ Der würde deutlich machen, dass der Landkreis damit nicht durchkäme.

Stichwort Gewerbegebiet, zweiter Streitpunkt in der Debatte: „Gibt es Garantien dafür, dass in der Feldmark wirklich nur ein Klinikum gebaut wird – und nicht später auch noch ein Gewerbegebiet dazu kommt und so noch mehr Fahrzeuge auf die Erschließungsstraße bringt?“, will ein Bürger wissen. Hartmann: „Auf dem Areal, das Ahnsen gehört, wird es das nicht geben.“ Von Luckwald will und kann keine Garantien geben, sagt aber: „Ein Gewerbegebiet ist nicht andiskutiert und macht auch keinen Sinn.“ Andere Gemeinden hätten Gewerbegebiete, die – wie in Luhden – viel besser an das Straßennetz angebunden seien. Die Wahrscheinlichkeit für ein Gewerbegebiet in der Feldmark sei also „ausgesprochen gering“.

Dennoch wollen Kritiker des Standorts den Begriff „Gewerbegebiet“ in den Planungsunterlagen gelesen haben. Schönemann widerspricht, zeigt den Text und erklärt: „Unter ‚Ziele und Zwecke der Planung‘ heißt es lediglich, dass ‚langfristige infrastrukturelle und wirtschaftliche Vorteile im Umfeld des Großklinikums (Gewerbe, Dienstleistung)‘ angestrebt sind.“ Mit dem Begriff Gewerbe seien Betriebe wie zum Beispiel der Blumenladen in Röhrkasten gemeint, der sich von einem Klinikum vor seiner Ladentür ja auch tatsächlich Vorteile verspreche.

### **Gutzeit dafür, Schmökel dagegen**

Das letzte Wort vor dem Votum haben die Fraktionschefs. Dieter Gutzeit (CDU) spricht sich für, Jürgen Schmökel (SPD) gegen einen Aufstellungsbeschluss mit Ziel Erschließungsstraße aus. „Eine mehrheitliche Ablehnung würde den Bau des Klinikums weder verhindern noch erheblich behindern“, ist Gutzeit überzeugt. Es würde lediglich ein anderes Verfahren greifen, das den Ahnsen aber wesentliche Mitbestimmungsmöglichkeiten verschließen und erhebliche Kosten verursache. Kosten, die der Landkreis und damit der Steuerzahler zu tragen habe. Der Christdemokrat: „Ich laufe weder einem fahrenden Zug hinterher, noch werfe ich mich davor. Ich springe lieber auf und bestimme die Richtung mit.“

Anders Schmökel: Dem SPD-Fraktionschef sei zwar gesagt worden, dass es im Abwägungsverfahren mit Blick auf die Zufahrtsstraßen und die katastrophale L 451 viele Möglichkeiten des Mitspracherechts geben könnte – „aber das sehe ich realistischerweise nicht.“ Außerdem: „Wer“, so Schmökel, „garantiert uns, dass es nach unserer Forderung auch eine zweite Zufahrt geben wird?“ Schriftliche Zusagen habe es in den Erläuterungen zum Aufstellungsbeschluss vom 15. Dezember 2010 nicht gegeben. Dort heiße es lediglich: „Die Verhandlungen mit den betroffenen Eigentümern hinsichtlich der Erschließungsstraße befinden sich im fortgeschrittenen Stadium.“

Trotz aller Enttäuschung über das Ergebnis können die Kritiker von Standort und Straße am Ende des Abends ein persönliches Angebot Hartmanns auf der Habenseite verbuchen: Sagen auch die Ratskollegen Ja dazu, soll es schon bald ein dem Ortsparlament in Fragen des Verkehrs und Hochwasserschutzes zuarbeitendes Gremium geben, in der neben Bürgervertretern ausdrücklich auch zwei oder drei Mitglieder der Bürgerinitiative vertreten sein sollen. Die nämlich sei so im Thema, dass es fast sträflich sei, ihren Sachverstand nicht zu nutzen.

Bleibt nachzutragen: Die Bürgerinitiative hat gestern bei der Stadt Obernkirchen eine zehn Seiten umfassende Liste mit Einwänden eingereicht.

Artikel vom 14.01.2011 - 00.00 Uhr

**DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN**

**VERSCHWUNDENE SCHUSSWAFFE MACHT DER POLIZEI NACH FREILASSUNG EIN**

**Nach Tankstellenraub rasch zum Skifahren**

Samtgemeinde Rodenberg (bab). Die Polizei ist nicht glücklich darüber, dass der Feggendorfer, der an fünf Tankstellenüberfällen in Lauenau... [lesen](#)



**WINDOWS 7 PROFESSIONAL nur 109,00 €**

Win 7 Home Premium 77.- / Win XP Home 29.90 / Win XP Pro 34.90€  
- Zahlung via Kreditkarte, Lastschrift, Vorkasse,... [mehr](#)

ANZEIGE



**Parken**

Bad Eilsen. Die Parksituation im Bereich der Kreuzung Bückeburger/Obernkirchener Straße ist der Gemeinde Bad... [lesen](#)



**DER OBERNKIRCHENER MAUERFALL – EINE GESCHICHTE MIT WAHRHAFT HIST**

**Älteste Baustelle – neben dem Kölner Dom**

Obernkirchen (rnk). Bei der offiziellen Feier zum Abschluss der Arbeiten an der Stiftsmauer präsentierte sich... [lesen](#)

powered by plista